

**Umgang mit dem Kolonialen Erbe:
Für eine Politik historischer Verantwortung
*Ein politisch-kulturelles Plädoyer***

Deutsche Kommission Justitia et Pax

1. Warum der Umgang mit dem kolonialen Erbe heute relevant ist

Kolonialismus ist kein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte. Seine wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Folgen prägen bis heute globale Ungleichheiten, internationale Beziehungen und gesellschaftliche Entwicklungen. Der Umgang mit diesem Erbe ist daher nicht nur eine moralische, sondern auch eine strategische Herausforderung für die internationale Zusammenarbeit.

- a) Die Kolonialismen haben strukturelle Grundlagen geschaffen, die gegenwärtige Ungleichheiten weiterhin prägen. Extraktive Wirtschaftsweisen, rassifizierte Hierarchien und ungleiche Handelsbeziehungen waren zentrale Elemente kolonialer Herrschaft. Diese Strukturen wurden institutionell verankert und bestanden vielfach über die Unabhängigkeit hinaus fort. Die Aufteilung Afrikas im späten 19. Jahrhundert verdeutlicht, wie politische und wirtschaftliche Ordnungen von außen auferlegt wurden – mit langfristigen Folgen für Staatlichkeit und Entwicklung. Gegenwärtige Unterschiede in Wohlstand und institutioneller Leistungsfähigkeit lassen sich ohne diese historischen Zusammenhänge nicht angemessen erklären. Damit stellt sich die Frage nach Verantwortung neu. Auch wenn heutige Individuen keine persönliche Schuld tragen, wirken Staaten und Institutionen weiterhin in Strukturen, die in der Kolonialzeit entstanden sind – und profitieren teilweise von ihnen. Es geht daher nicht um Schuldzuweisung, sondern um den Umgang mit fortwirkenden Ungleichheiten. Internationale Zusammenarbeit, die diese strukturellen Ursachen ausblendet, läuft Gefahr, Symptome statt Ursachen zu adressieren.
- b) Fragen historischer Verantwortung und der Anerkennung historischer Verletzungen gewinnen in der internationalen Politik an Bedeutung. In Afrika, der Karibik und in multilateralen Foren nehmen Forderungen nach Anerkennung, Aufarbeitung und strukturellen Reformen an Gewicht zu.¹ Initiativen wie das „Jahr der Reparationen“ der Afrikanischen Union oder entsprechende Debatten in den Vereinten Nationen zeigen, dass diese Themen zunehmend auf die globale Agenda rücken.² Positionierungen in diesen

¹ See In 2013, Caricom – a bloc of 15 Caribbean nations – issued its 10-point Plan for Reparatory Justice. Link- <https://caricom.org/caricom-ten-point-plan-for-reparatory-justice/>

² See UN resolution urges reparations for slavery's 'historical wrongs' link <https://news.un.org/en/story/2026/03/1167199>

Debatten werden als politische Signale wahrgenommen. Sie beeinflussen Glaubwürdigkeit und Partnerschaften auch in anderen Politikfeldern, etwa in der Klima-, Migrations- oder Reformpolitik multilateraler Institutionen. Auch wenn es kein einheitliches Verständnis von reparativer Gerechtigkeit gibt, ist absehbar, dass diese Fragen ein dauerhafter Bestandteil internationaler Zusammenarbeit bleiben. Für Deutschland ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer klaren und dialogorientierten Positionierung.

- c) Koloniale Kontinuitäten wirken auch innerhalb Deutschlands fort. Debatten über Rassismus, Migration und Erinnerungskultur stehen in engem Zusammenhang mit der kolonialen Vergangenheit. Auseinandersetzungen um Museumsbestände, Straßennamen oder Bildungsinhalte verweisen auf grundlegende Fragen von Anerkennung und Teilhabe. Diese innergesellschaftlichen Dynamiken sind zunehmend mit außenpolitischer Glaubwürdigkeit verknüpft: Internationale Positionen zu Gleichberechtigung und Partnerschaft werden auch an der innenpolitischen Praxis gemessen. Der Umgang mit kolonialem Erbe im Inland ist daher eine Voraussetzung für glaubwürdiges internationales Handeln.
- d) Entwicklungszusammenarbeit allein ist keine angemessene Antwort auf historische Ungerechtigkeit. Gefordert ist vielmehr ein umfassender Ansatz, der die Entwicklungszusammenarbeit miteinbezieht. Eine zukunftsorientierte Entwicklungspolitik befasst sich auch mit historischer Verantwortung für die fortwirkenden Folgen vergangener Ungerechtigkeiten sowie mit Fragen von Anerkennung, Schuld, Rechenschaft und Wiedergutmachung. Finanzielle Transfers allein adressieren keine strukturellen Ungleichgewichte wie ungleiche Handelsbeziehungen, eingeschränkte fiskalische Spielräume oder Ungleichgewichte in politischen Entscheidungsprozessen. Erfahrungen aus jüngeren Anerkennungsprozessen zeigen zudem, dass symbolische Gesten und finanzielle Zusagen ohne inklusive Verfahren und klare Verantwortungsstrukturen nicht ausreichen, um zu Versöhnungsprozessen nachhaltig beizutragen. Der Umgang mit kolonialen Kontinuitäten ist daher keine optionale oder rein symbolische Aufgabe, sondern ein notwendiger Bestandteil glaubwürdiger, gerechter und zukunftsorientierter internationaler Zusammenarbeit.

2. Strategische Ansatzpunkte: Von der Analyse zur politischen Praxis

Ausgehend von den Prinzipien von Gerechtigkeit, Menschenwürde und partnerschaftlicher Zusammenarbeit erforderte der Umgang mit den Folgen des Kolonialismus eine Übersetzung historischer Erkenntnisse in strukturiertes und langfristiges politisches Handeln. Als kirchlicher Akteur leisten wir hierzu einen Beitrag durch ethische Orientierung, öffentliche Debatten und den weltkirchlichen Aufbau neuer Beziehungszusammenhänge, in denen das gemeinsame Erbe zur Sprache gebracht werden kann. Dies beinhaltet auch, dass wir uns, mit uns, selbstkritische mit den Verstrickungen der Kirche in die kolonialen Prozesse auseinandersetzen.

Das aus unserer weltkirchlichen Praxis entwickelte Verständnis von postkolonialer Praxis zielt daher auf das *gemeinsame Nachdenken und Handeln beim Umgang mit den Folgen des Kolonialismus als einem - wiewohl asymmetrischen - dennoch gemeinsamen Erbe mit dem Ziel der Herstellung von versöhnten Beziehungen*. So verstandene postkoloniale Praxis setzt voraus, dass wir uns miteinander über dieses gemeinsame Erbe verständigen. Die vielfältigen Beziehungsstörungen und Prägungen, die der Kolonialismus hervorgerufen hat, kommen dabei sowohl als Motiv als auch als Hindernis in den Blick. Daraus ergeben sich vier zentrale Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung deutscher internationaler Zusammenarbeit im Allgemeinen und der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik im Besonderen.

I. Verbindliche Rahmen für historische Gerechtigkeit und Restitution

Aufarbeitungs- und Restitutionsprozesse erfolgen bislang häufig punktuell und situationsabhängig. Dies begrenzt Transparenz und Vertrauen.

Erforderlich ist die Entwicklung kohärenter und verlässlicher Rahmen. Die Rückgabe von Kulturgütern zeigt, dass Fortschritte möglich sind, wenn politischer Wille institutionell verankert wird. Diese Ansätze sollten ausgeweitet und systematisiert werden – etwa auf menschliche Überreste und Archivbestände. Entscheidend ist die substanzielle Beteiligung betroffener Gemeinschaften über rein zwischenstaatliche Verfahren hinaus. Leider werden die insbesondere in Afrika relevanten *traditional leaders* bei uns weiterhin allzu oft unterschätzt.

Prioritäre Handlungsrichtungen:

- *Entwicklung klarer und transparenter Verfahren für Anerkennungsleistungen und Restitutionen*
- *Verbindliche Einbindung betroffener Gemeinschaften*

II. Abbau struktureller Ungleichgewichte in Wirtschafts- und Finanzbeziehungen

Wenn globale Ungleichheiten historisch gewachsen sind, müssen politische Antworten diese strukturellen Ursachen berücksichtigen. Entwicklungszusammenarbeit allein kann bestehende Ungleichgewichte in Handel, Verschuldung und globaler Governance nicht ausgleichen.

Deutschland kann – auch im europäischen und multilateralen Rahmen – dazu beitragen, wirtschaftliche Beziehungen stärker an Prinzipien von Fairness und Nachhaltigkeit auszurichten. Dazu gehört insbesondere die Stärkung von Gestaltungsspielräumen der Partnerländer.

Prioritäre Handlungsrichtungen:

- *Ausrichtung von Handels- und Investitionspolitik an Gerechtigkeits- und Entwicklungszielen*
- *Unterstützung von Schuldenentlastung und Umschuldung*
- *Stärkung der Mitsprache von Partnerländern in wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen*

III. Konstruktive Beteiligung an multilateralen Prozessen

Fragen historischer Verantwortung werden zunehmend zu einem festen Bestandteil multilateraler Diplomatie. Für viele Partnerländer sind sie eng mit Fragen der Anerkennung der eigenen Identität und der Reform internationaler Ordnungen verbunden.

Ein konstruktiver Umgang erfordert die ernsthafte Auseinandersetzung mit diesen Perspektiven und die aktive Beteiligung an entsprechenden Dialogprozessen. Dies setzt keine einheitliche Position zu allen Aspekten von Reparationen voraus, wohl aber die Anerkennung der Legitimität der Anliegen.

Prioritäre Handlungsrichtungen:

- *Entwicklung einer kohärenten Position zu historischer Verantwortung in multilateralen Kontexten*
- *Proaktive Beteiligung an partnergeführten Initiativen*
- *Unterstützung internationaler Dialogprozesse zu reparativer Gerechtigkeit*

IV. Kohärenz zwischen Innen- und Außenpolitik stärken

Außenpolitische Glaubwürdigkeit hängt wesentlich von innenpolitischer Praxis ab. Der Umgang mit kolonialem Erbe in Deutschland – in Bildung, Erinnerungskultur und Antidiskriminierung – beeinflusst sowohl gesellschaftlichen Zusammenhalt als auch internationale Partnerschaften. Eine stärkere Verzahnung von innen- und außenpolitischen Ansätzen ist daher zentral. Innergesellschaftliche Auseinandersetzungen über Geschichte und Teilhabe sind Teil der Grundlage außenpolitischen Handelns.

Prioritäre Handlungsrichtungen:

- *Stärkere Verankerung kolonialer Geschichte in Bildung und öffentlichen Institutionen*
- *Förderung inklusiver Erinnerungskultur*
- *Verknüpfung von Antidiskriminierungspolitik mit internationalen Verpflichtungen*

Schlussfolgerung

Der Umgang mit den Folgen des Kolonialismus erfordert eine substantielle Verbindung von symbolischer Anerkennung und struktureller Auseinandersetzung. Es geht um die Entwicklung einer neuen Qualität von Beziehungen, die über die Wunden der Vergangenheit und deren Folgen nicht einfach hinweg geht, zugleich aber auch nicht schlicht bei ihnen stehen bleibt, sondern vielmehr auf die historischen und gegenwärtigen Verletzungserfahrungen konstruktiv gemeinsam antwortet. Dies ist ein langfristiger Prozess, der politisches Engagement, institutionelles Lernen und Dialogbereitschaft voraussetzt.

Für Deutschland ist eine konsistente und zukunftsorientierte politisch-kulturelle Auseinandersetzung mit dieser Geschichte nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern eine Voraussetzung für tragfähige und gleichberechtigte Partnerschaften in einer sich wandelnden globalen Ordnung. Es ebenso eine Frage des Ethos wie es auch eine Frage politischer Klugheit und Vernunft ist.

Juni 2026